

	<b>176. Vollversammlung der AK Wien vom 11.11.2021</b>
<b>FSG</b>	
<b>Antrag Nr. 12</b>	<i>„ÖKOSOZIALE STEUERREFORM“ – ENTLASTUNG FÜR KLEINE UND MITTLERE EINKOMMEN, KEINE STEUERGESCHENKE FÜR UNTERNEHMEN UND SUPERREICHE</i>
<b>Annahme</b>	<b>Ausschuss Wirtschafts- und Finanzpolitik</b>

Die ökosoziale Steuerreform ist mittlerweile beschlossen worden. Durch den Einsatz der AK Wien, in dem sowohl die Problematik medial thematisiert wurde, als auch intensive Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern und der Regierung initiiert wurden, konnte die im Begutachtungsentwurf noch beabsichtigte Senkung der KV-Beiträge noch in letzter Minute verhindert werden. Diese wurde durch eine Ausweitung der Negativsteuer ersetzt. Damit werden die BezieherInnen kleiner Einkommen entlastet, ohne dass es zu einer Aushöhlung der Gesundheitskassen kommt, und auch der administrative Aufwand für die Unternehmen ist deutlich geringer.

Trotzdem gibt es an der beschlossenen Reform noch zahlreiche Kritikpunkte, die seitens der AK weiterhin thematisiert werden

So wie die Forderung nach einer umfassenden Reform des Pendlerpauschales durch eine Umwandlung in einen kilometerabhängigen Absetzbetrag, der einkommensunabhängig wirkt.

Das wird auch im Zusammenhang mit der Energiekrise und den geplanten Regierungsmaßnahmen (Erhöhung Pendlerpauschale) ständig angeführt. In diesem Zusammenhang wird auch die mangelhafte Ausgestaltung des Klimabonus (ungeeignete regionale Differenzierung, keine Berücksichtigung der MieterInnen) etc thematisiert.

Die AK Wien setzt sich schon seit Jahren medial und in Gesprächen und Verhandlungen mit den politischen Entscheidungsträgern für Steuerstrukturreformen ein, bei denen die vermögensabhängigen Abgaben ausgebaut, Steuerschlupflöcher geschlossen und insgesamt eine gerechtere Kapitalbesteuerung gefordert wird.

Entsprechende Konzepte zur Ausgestaltung von Vermögens- und Erbschaftsteuer, zur Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer und zur Schließung von Steuerschlupflöchern gibt es und diese werden auch medial entsprechend kommuniziert

Dabei wurde auch wiederholt auf die Problematik der Senkung der Körperschaftsteuer hingewiesen (wenig effizient, bringt wenig für Wachstum und Beschäftigung im Vergleich mit anderen Investitionsbegünstigungen oder Zukunftsinvestitionen).

Die AK Wien setzt sich auch für die Einführung der globalen Mindeststeuer für große Konzerne ein. Ein entsprechendes Positionspapier wurde im Februar gemeinsam mit dem AK Büro in Brüssel veröffentlicht. Im Herbst ist eine Veranstaltung über den neuen Steuerwettbewerb gemeinsam mit .EU Tax Observatory geplant.